

Thomas Rübke: Vom unschätzbaren Wert des Engagements — Eine Standortbestimmung mit einer möglichen Laufrichtung

Vortrag Franziskuswerk Schönbrunn am 18. Oktober 2008

Bürger bewegen Deutschland. In der Tat: Fangen wir mit den nackten Zahlen an: Es gibt ein enormes Potential Bürgerschaftlichen Engagements – neuesten Erhebungen zufolge sind 36 % aller Deutschen, 37 % in Bayern, über 14 Jahren freiwillig, unentgeltlich und für andere tätig. Freiwillig, unentgeltlich, für andere, so hat eine Enquetekommission des Bundestags das Bürgerschaftliche Engagement kurz und bündig definiert. Ich finde das eine gute Formel, weil sie einfach und griffig ist. Welche Faktoren sind es, die auf das Engagement günstig wirken? Die Wissenschaftler stellen zum Beispiel ein deutliches Stadt-Land-Gefälle fest. Zudem ist eine breite Mittelschicht, die meist gut in Erwerbsarbeit und Familie integriert ist, überdurchschnittlich freiwillig tätig. Das sind, sagen uns die Wissenschaftler, alles signifikante Faktoren, die sich auf die Freiwilligenarbeit positiv auswirken.

Die Menschen engagieren sich vielfältig: Im Sport als dem deutlich wichtigsten Engagementbereich (12 % der Bayerischen Bevölkerung über 14 Jahren), in Freizeit und Geselligkeit (6,5 %), in Kultur und Musik (6,5 %), in Kirchen (6 %), Schulen und Kindergärten (5 %), im Sozialbereich (5 %), im Rettungswesen (4 %), in Bürgerinitiativen und politischen Parteien. Das Bürgerschaftliche Engagement wächst von unten, daher ist es so bunt, eine farbenfrohe Frühlingswiese; manche sagen auch: so unübersichtlich wie Kraut und Rüben. Ältere Engagementformen sind schon stärker eingeehgt und eingebettet in Verbände, deren Repräsentation sich vom Ortsverein über den Landkreis bis auf die Landes- oder Bundesebene erstreckt. Andere, die jüngeren Datums, die also vielleicht erst vor zehn oder zwanzig Jahren entstanden sind, weisen diese Begradigungen nicht auf. So wachsen im Beet des Engagements zwischen den alten, vielfach beschnittenen Stämmen immer neue Pflanzen, bilden Ableger, werden von irgendwoher angeweht und wuchern üppig in den gut geordneten Rabatten des älteren Ehrenamtes, bilden hybride Strukturen oder erweisen sich als nicht überlebensfähig und verdorren so schnell wie sie gewachsen sind.

Der „gärtnerische“ Vergleich sollte Ihnen verdeutlichen: Bürgerschaftliches Engagement lebt von zwei „Zuständen“: von Dynamik und von Verwurzelung. Der eine steht für Lebendigkeit, Innovation und schnelle Anpassungsfähigkeit an geänderte Lebenslagen,

der andere für Halt und Tradition. Und wenn das Mischungsverhältnis dieser beiden gut ist, dann kann das Synergien freisetzen, dann kann Bürgerschaftliches Engagement auch seine gesellschaftliche Umgebung anstecken, durchdringen und verwandeln. Denken Sie an die Frauenbewegung, die unsere Gesellschaft nachhaltig veränderte. Denken Sie aber auch an Beispiele, die länger zurückliegen, gleichsam schon historische Firmis angesetzt haben. Wie viele Einrichtungen sind im Kulturbereich aus freiwilligem Engagement hervorgegangen: Volkshochschulen zum Beispiel, Bürgerzentren, Volksbühnen. Oder im Sozialbereich: All die großen Wohlfahrtsverbände haben als kleine soziale Vereine begonnen, die zu gesellschaftlichen Bewegungen und dann zu Institutionen wurden. Nehmen Sie das Genossenschaftswesen, das durch den Gedanken der gegenseitigen Hilfe von Männern wie Raiffeisen oder Schultze-Delitzsch geprägt wurde. Oder nehmen Sie die Lebenshilfe: Was hat sie für Menschen, vor allem Kinder mit Behinderung getan, und ist doch „nur“ Spross einiger engagierter, betroffener Eltern, die sich nicht damit abfinden wollten, dass ihre Kinder noch in den 1950er Jahren in geschlossenen Jugendanstalten oder Heil- und Pflegeheimen untergebracht wurden. Durch derartige Initiativen kommt tatsächlich Bewegung in eine Gesellschaft. Heute hat sich die Praxis behindertengerechter pädagogischer Einrichtungen vollständig durchgesetzt. Bürger bewegen also durch ihr Engagement – auch wenn die Anfänge oft unscheinbar sind, kann daraus Großes erwachsen.

Auch das Franziskuswerk hat ja seine Wurzeln im freiwilligen Altruismus: Die sozial engagierte Gräfin Viktorine von Butler-Haimhausen eröffnete 1861 ein „Armen-Mädchenhaus“ und kaufte 1862 das stark renovierungsbedürftige Schlossgut Schönbrunn. Sie wollte ein Zuhause für Menschen mit geistiger Behinderung schaffen und jungen Frauen und Mädchen aus sozial benachteiligten Verhältnissen Erziehung und Ausbildung ermöglichen.

Schon 1864 wird in Schönbrunn eine Schule gegründet, in der die Elementarfächer der Volksschule unterrichtet wurden und die nicht nur von Schönbrunnern sondern auch von auswärtigen Kindern besucht wurde.

Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Einflüsse freiwilligen Engagements auf die Gesellschaft auch in Zukunft bestehen und vielleicht sogar noch stärker werden. Wir leben in einer offenen Gesellschaft, in der Einzelinitiative und -verantwortung hohe Güter sind. Wir leben aber auch in einer Gesellschaft, die „labil“ geworden ist, deren

Ordnungen nicht mehr fraglos hingenommen werden, die nach Beteiligung verlangt. Das Bürgerschaftliche Engagement ist Kraftwerk und Motor für gesellschaftliche Veränderungen, es legt die Finger auf manche politische Schwachstelle, und es ist deshalb so wirksam, weil es authentisch, aber nicht unbedingt berechenbar ist.

Um Ihnen die These eines stärker werdenden Einflusses Bürgerschaftlichen Engagements noch plausibler zu machen, möchte ich eine Standortbestimmung vornehmen. Sie will zeigen, welche Entwicklung das Engagement in jüngster Zeit genommen hat und auf welches gesellschaftliches Umfeld es dabei trifft. Zweitens möchte ich Ihnen einige neuralgische Zonen aufzeigen, in denen es zu gesellschaftlichen Konflikten kommen kann. Jede Bewegung erzeugt auch Reibung, jede Dynamik ist auch Störung. Schließlich möchte ich einige Anmerkungen zu Ihrem Tätigkeitsfeld, dem Engagement für Menschen mit Behinderung machen. Ich bin zwar nicht vom Fach, wie man so schön sagt, aber ich glaube, dass gerade in der Behindertenhilfe sehr interessante Diskussionen geführt werden, die zeigen können, wohin die Reise des Bürgerschaftliches Engagements gehen kann.

1. Eine Standortbestimmung

Am Anfang dieser Standortbestimmung, zu Beginn der 1990er Jahre, stand eine Klage. Der Befund war, dass sich eine Spaß- und Ego-Gesellschaft rasant ausgebreitet habe, in der Menschen nur noch an ihrem eigenen Vorteil und Wohlbefinden interessiert seien. Eine markenhörige, konsumgewohnte und gelangweilte „Generation Golf“ (Florian Illies) hatte offensichtlich alle Werte von Verantwortung und Solidarität auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre waren verebbt, und es schien sich ein Rückzug ins Private und Hedonistische anzudeuten. Sozialwissenschaftler sprachen davon, dass die Bindungsfähigkeit des Gemeinwesens immer schwächer würde, weil die moderne, sich ständig erneuernde Gesellschaft ihre Traditionen vernachlässigt habe. Gerade die „klassische“ Familie, die lebendige Dorfgemeinschaft, die funktionierende Nachbarschaft im Stadtteil waren doch die Garanten dafür, dass Generationen sich gegenseitig unterstützten und Menschen aufeinander achtgaben. Eine Gesellschaft isolierter Individuen habe nun die Reste dieser Lebenswelten aufgezehrt und sich auf einem hohen Wohlstandsniveau eingerichtet, auf dem man alle lebensnotwendigen Hilfen von professionellen Diensten kaufen könne.

So lautete die damals verbreitete Einschätzung.

Robert Putnam etwa, ein einflussreicher Harvardprofessor, stellte eine erschreckende Diagnose. Das „soziale Kapital“, wie er es nennt, habe in den westlichen Industrienationen kontinuierlich abgenommen. Immer weniger Menschen würden ehrenamtliche Verantwortung übernehmen, was er mit dem anhaltenden Mitgliederschwund der großen Wohlfahrtsorganisationen in den USA belegte.¹ Würde dieser Trend nicht umgekehrt, so sei vorhersehbar, dass kräftig in professionelle soziale Dienste investiert werden müsse, um den Schwund an sozialem Kapital wettzumachen.

Warum erwachte gerade Anfang der 1990er Jahre das Interesse am Bürgerschaftlichen Engagement? Eine Antwort ist: Weil sich Lebensstil und Werte der „Generation Golf“ angesichts einer sich schnell ändernden Welt historisch überholt hatten. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, aber auch der Golfkrieg waren schwerwiegende Herausforderungen an die westlichen Demokratien, ihr Selbstverständnis neu zu überprüfen. Welchen Werten, welcher Leitkultur, wie es Alois Glück ausdrückte, sollten wir folgen?

Diese Probleme waren nicht im weltfernen Philosophenkolleg zu behandeln, sondern betrafen den Alltag vieler Menschen, vor allem in Deutschland: Die Wiedervereinigung zeigte nicht nur Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West, sondern offenbarte auch die Brüchigkeit unserer sozialen Systeme. Der Staat, so wurde immer deutlicher, konnte nicht mehr für alle sozialen Probleme und Ansprüche zuständig sein, sonst würde er sich überheben. Immer klarer zeichnete sich ab, dass wir insgesamt eine neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft anstreben müssen, die auf einer höheren Eigenverantwortung, aber auch auf einer stärkeren Rolle der Zivilgesellschaft beruhen muss.

II. Empowerment und die Reform des Sozialstaats

Im Grunde leben wir immer noch mit den Problemen, die sich Anfang der 1990er Jahre abzeichneten. Aber wir wissen heute mehr über die Entwicklungsmöglichkeiten des Bürgerschaftlichen Engagements. Wir konnten Erfahrungen in Projekten sammeln und sehen, wann gutwilliges gemeinwohlorientiertes Handeln Erfolg hat oder woran es scheitern kann. Zudem wissen wir mehr über die Motive der Menschen, warum sie sich engagieren oder weswegen sie es lieber lassen.

¹ Putnam, Robert D.: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Heft 1/1995

Heute lassen sich Menschen nicht so leicht auf feste Bindungen ein. Sie wollen auch, dass die Bilanz zwischen eigener Freude und dem Tun für andere für sie ausgeglichen ist. Die vielen neuen „Ehrenamtsprojekte“, die in den letzten Jahren entstanden sind, haben aus diesen Befindlichkeiten ihre Schlussfolgerungen gezogen. So wie man jemanden für eine ökologische Lebensweise nicht mit geschmacklosen Speisen begeistern kann, so kann man niemanden für ein Ehrenamt gewinnen, indem man mit sturen Routinen und fruchtlosen Gremiensitzungen lockt. Das Motto des **Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement**, „Wir für uns“, drückt dieses neue Gleichgewicht aus. „Wir für uns“, das heißt nicht: Ich für mich, also eine Aufforderung zur Raffzahnmentalität, zum Egotrip, bei dem nur der eigene Spaß zählt. Es heißt aber auch nicht: Ich opfere mich für die anderen auf. Niemand soll sich ausschließlich in den Dienst des Nächsten stellen und dabei von seinen eigenen Wünschen absehen. Nein, „Wir für uns“ meint, dass wir füreinander da sind, uns als Gemeinschaft empfinden. Es bedeutet aber auch, dass das im „Wir“ eingeschlossene „Ich“ selbst etwas davon hat. Man soll dem Ehrenamt nicht nur dienen, es soll auch Freude bereiten, bereichern, anspornen, motivieren. Jemand, der dies verleugnet, wird nicht lange durchhalten.

Natürlich ist dieses Verständnis nur zum Teil neu. In jeder Hilfe für andere steckt im Kern auch eine Hilfe für sich selbst. Das hat schon die Bibel gewusst, die Philosophen haben es früh zu erklären versucht. Epikur zum Beispiel wusste, dass der Mensch sein Glück nur mit anderen Menschen gemeinsam finden könne. Der Mensch ist nämlich ein Mängelwesen, das der Freundschaft bedarf. Und: Freunde zu haben beweist sich vor allem in der Not, wenn man auf sie angewiesen ist. Der Philosoph Spinoza hat diese Erkenntnis tausend Jahre später zum Ausgangspunkt seiner Ethik gemacht: „Die Menschen mögen nichts für sich begehren, was sie nicht auch für andere Menschen wünschten.“²

Die stärkere Betonung des individuellen Gewinns bei den Motiven, ein Ehrenamt zu übernehmen, ist aber auch deswegen neu, weil sie Ausdruck einer weltoffener gewordenen Gesellschaft ist, in der sich die sozialen Bindungen gelockert haben. Immer weniger Menschen fühlen sich in Ehrenämtern zu Hause, die unbedingte Loyalität gegenüber den großen, überwölbenden Ideen der christlichen Nächstenliebe oder der proletarischen Solidarität einfordern. Bevorzugt werden hingegen pragmatisch

²Ludwig Marcuse: Philosophie des Glücks. Von Hiob bis Freud, S. 72 ff. und 190 f. Zürich 1972 (ursprüngl. 1948)

abgrenzbare Tätigkeitsfelder mit direktem menschlichen Bezug. Selbst der Begriff Ehrenamt, dieses etwas angestaubte Kompositum von Ehre und Amt, ist heute ein wenig unzeitgemäß geworden. Man spricht jetzt lieber von „Freiwilligenarbeit“ oder eben von „Bürgerschaftlichem Engagement“.³

Im Nu entstanden neue Initiativen, die zu dieser geänderten Bedürfnislage passten: Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Mütter- und Familienzentren, Selbsthilfekontaktstellen, die sich als überkonfessionelle und überparteiliche Anlaufstellen für das neue Bürgerschaftliche Engagement anboten und vornehmlich mit Projekten, kleinen Gruppen, überschaubaren Tätigkeitsfeldern arbeiteten. Und diese neuen Orte der Freiwilligenkultur hatten Zulauf. Ihr Erfolg strafte die Auffassung Putnams Lügen, dass die Bereitschaft zum Bürgerschaftlichen Engagement kontinuierlich abnehme.⁴ Richtig war vielmehr, dass sie in den großen Verbänden, Parteien und Gewerkschaften schwächer wurde, nicht aber in den überschaubaren Vereinen und kleinen, informellen Initiativen. Gab es 1960 noch 90.000 eingetragene Vereine, so waren es 1990 knapp 300.000 und 2003 genau 574.379. Derzeit werden rund 15.000 Vereine im Jahr neu gegründet. Während die Kirchen-, Gewerkschafts- und Parteimitglieder immer weniger werden, haben sich die Mitgliedschaften in Vereinen zwischen 1973 und 2000 verdoppelt.

Die Bereitschaft zum Engagement ist also beachtlich und scheint noch deutlich steigerbar. Um aber dieses Potential auszuschöpfen, reichen die wenigen neuen Anlaufstellen alleine nicht aus, die überdies auf sehr wackeligen Beinen stehen. Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros sind meist Produkte von Modellprojekten mit begrenzter Laufzeit und nicht selten auf Förderung durch das Arbeitsamt angewiesen; Einrichtungen zudem, die ständig in ihrer Existenz bedroht sind, zumal sie ja auch noch als sogenannte freiwillige Leistungen gelten, die angesichts der Sparzwänge der öffentlichen Hände recht schnell unter die Räder geraten.

Wir befinden uns also nach der Entdeckung, dass sich noch viele engagieren würden,

³ Aus dem sog. Freiwilligenurvey, bei dem über 15.000 Bundesbürger über 14 Jahren befragt wurden, geht hervor, dass nur noch 32 % den Begriff des Ehrenamts, den der Freiwilligenarbeit hingegen 48 % bevorzugten. Freiwilliges Engagement in Deutschland a.a.O., S. 50

⁴ Die von Claus Offe und Susanne Fuchs erstellte Sozialkapitalanalyse für Deutschland hat Putnams starke Aussage eines schwindenden Sozialkapitals auch deutlich relativiert. Siehe Offe/Fuchs in: Putnam Robert D. (2001), S. 417 ff.

wenn sie die entsprechenden Institutionen und Tätigkeitsfelder dazu vorfinden, in einer echten Schieflage zwischen Nachfrage und Angebot. Erst langsam, hoffentlich nicht zu langsam zeigt sich, dass diese Situation Vorbote eines bedeutenden gesellschaftspolitischen Wandels sein könnte, der dazu führt, dass Menschen verantwortlicher und aktiver ihr eigenes Umfeld gestalten werden und auch den Freiraum und die Möglichkeiten haben, dies zu tun.

Der Journalist Heribert Prantl hat diesen Paradigmenwechsel in folgendes Bild gefasst: „Wohlfahrt und Gemeinwohl zeigen sich nicht darin, dass man die Leute fragt: ‚Wollt Ihr Erdbeeren? Macht den Mund auf, wir stecken sie Euch hinein.‘ Wohlfahrt und Gemeinwohl zeigen sich so: ‚Wir helfen Euch, indem wir Euch ein Gartenbeet zur Verfügung stellen, und dann könnt ihr Eure Erdbeeren selber züchten.“⁵

In der sozialpolitischen Fachdiskussion wird diese Umkehr der Perspektive mit dem Begriff Empowerment bezeichnet. Fürsorge als das herkömmliche Verständnis sozialer Arbeit hat den Eigenkräften der Menschen, auch der kranken und gebrechlichen, die zweifellos Hilfe brauchen, zu wenig zugetraut. Wenn man nicht sofort und direkt hilft, sondern versucht, indirekt die Eigenkräfte zu stärken, soweit es eben geht, dann ist für das Ziel der Gesundung oder der sozialen Integration mehr getan als mit jeder gutgemeinten Intervention, die letztlich nicht das Ziel weitgehender Selbstständigkeit verfolgt, sondern Abhängigkeit fortsetzt.

Wir erkennen langsam, dass die neue Aufmerksamkeit für das Bürgerschaftliche Engagement im Zentrum sozialpolitischer Reformen stehen muss. Es ist der Humus, auf dem alle Pflanzen wachsen.

Wenn ich sage, dass das Bürgerschaftliche Engagement der Ausgangspunkt eines neuen sozialpolitischen Denkens sein muss, dann meine ich natürlich nicht, dass man nun alles unentgeltlich machen sollte, was vorher als Dienstleistung bezahlt wurde. Es geht um die Perspektive der Subsidiarität, die soziale Gegebenheiten danach betrachtet, wie starke soziale Netze geknüpft werden können. Natürlich können und sollen sie präventiv wirken und damit möglicherweise teure Folgekosten verhindern. Insofern kann Engagement tatsächlich zu Einsparungen führen. Aber es entsteht auf einer anderen Seite ein neuer Bedarf für hauptamtliche Unterstützung. Die Stärkung

⁵ Heribert Prantl: Mehr Föderalismus wagen. Süddeutsche Zeitung vom 17.7.2004

des sozialen Kapitals ist nämlich, wie wir gesehen haben, nicht mehr selbstverständlich. Intakte Nachbarschaften oder Dorfgemeinschaften stellen sich nicht automatisch her. Familien sind heute oft Lebensgemeinschaften Alleinerziehender mit ihren Kindern oder Patchwork-Familien, in denen Kinder aus unterschiedlichen Partnerschaften „zusammengewürfelt“ werden. Bürgerschaftliches Engagement braucht verlässliche Infrastrukturen und Unterstützungsleistungen. Dazu sind hauptamtliche Partner, Kümmerer, Gemeinwesenarbeiter, Freiwilligenmanager nötig.

In der Debatte um die sogenannte Bürgergesellschaft wird daher immer wieder betont, dass sich die Natur des Staates verändern müsse. Der Begriff des ermöglichenden Staates bringt dieses neue Verständnis auf eine griffige Formel. Der ermöglichende Staat will die Eigenverantwortlichkeit der Bürger stärker zur Entfaltung kommen lassen, indem Vorschriften bewusst weiter ausgelegt und staatlicher „Regelungswut“ Zügel angelegt werden. Diese „Entbürokratisierung“ sollte einem verbesserten Mitspracherecht und größeren Gestaltungsspielraum der Bürgerinnen und Bürger zu Gute kommen. Das Leitbild des ermöglichenden Staates hat neben dieser Komponente der Deregulierung aber auch eine Förderkomponente, die den Vorrang der jeweils kleineren gesellschaftlichen Einheit bei der Lösung sozialer Probleme stärkt: Was der Einzelne, was die Familie, was die unmittelbare Lebensgemeinschaft leisten kann, soll nicht vom Staat als Aufgabe übernommen werden. Der Staat soll vielmehr die jeweils kleineren Einheiten in ihrer Aufgabenerfüllung unterstützen, wo dies notwendig ist. Dieses Konnexitätsprinzip ist mittlerweile in einigen Landesverfassungen, auch in der Bayerischen, verankert worden.

Es regelt aber ausschließlich das Verhältnis zwischen Kommunen und Staat und erreicht leider nicht die Durchschlagskraft für das Bürgerschaftliche Engagement, die sich Heribert Prantl in seinem Kommentar wünschte. Daher ist das Fazit: Während Deregulierung und Entbürokratisierung in aller Munde ist, wird die andere Seite der Medaille, die Förderung bürgerschaftlicher Strukturen, bislang nur am Rande behandelt. Das muss sich ändern.

III. Für eine neue Kultur der bürgerschaftlichen Solidarität und Teilhabe

Wo stehen wir also heute? Die Bereitschaft zum Engagement ist in den letzten Jahren trotz gegenteiliger Befürchtungen gewachsen. Diese Entwicklung wurde mit einer politischen, medialen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit begleitet, die für das bislang eher im Verborgenen blühende unentgeltliche und freiwillige Tun ungewöhnlich

ist. Befindet sich also alles im Lot? Nicht ganz, denn Aufmerksamkeit wird auch erregt, weil etwas in der Krise steckt. Wenn in einer Gesellschaft Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit schwächer werden, ob nun in Familie, Ehe, Beruf, aber auch im staatlichen Handeln, dann könnte das Bürgerschaftliche Engagement als eine Art Nothelfer bejubelt werden. Damit würde seine Kraft allerdings überschätzt. Zweitens: Wie schwierig ist es heutzutage, noch ein paar Reste öffentlicher Mittel zusammenzukratzen, um zum Beispiel eine örtliche Freiwilligenagentur zu finanzieren. Wie soll denn in einer Zeit, in der jeder Bürgermeister soziale oder kulturelle Infrastrukturen nur mühsam erhalten kann oder sogar abbauen muss, dafür geworben werden, neue Infrastrukturen für eine starke Bürgergesellschaft zu finanzieren? Wie soll in einer Zeit, in der Menschen um ihren Job bangen, klar gemacht werden, dass wir unentgeltliches, freiwilliges Tun fördern müssen?

Die Antwort liegt nicht in einem „Entweder-oder“, sondern in einem „Sowohl-als-auch“. Wir müssen falsche Alternativen und Konkurrenz überwinden: Wir brauchen mehr hauptamtliche Strukturen, die ehrenamtliche Mitarbeiter gut integrieren können. Erst dann kann Bürgerschaftliches Engagement besonders wirksam zur Geltung kommen. Wir brauchen eine größere Öffnung der professionellen Dienste und Einrichtungen für freiwillige Tätigkeiten. Nur so lassen sich unsere hohen sozialen und kulturellen Standards erhalten. Wir brauchen eine bessere öffentliche Anerkennung des Ehrenamtes, die sich in dauerhafter Unterstützung niederschlägt, damit die Basis für ein wirksames und zielgerichtetes Engagement gelegt werden kann. Dafür gibt es mittlerweile viele gute Ansätze. Sie sind Steine in einem großen Mosaik der neuen Bürgergesellschaft. Ich möchte einige dieser Ideen aufgreifen und etwas weiter in die Zukunft hinein projizieren.

Man stelle sich einen Kindergarten vor, der offen ist für viele Talente, vor allem älterer Menschen, die viel wissen und können. Eine ehemalige Chemikerin führt Kindern vor, was passiert, wenn man bestimmte Stoffe ins Wasser schüttet. Eine Hausfrau zeigt, wie man vor zwanzig Jahren die Wäsche machte. Ein älterer Herr aus der Nachbarschaft richtet ein Aquarium ein und kommt wöchentlich zu dessen Pflege vorbei. Eine Frau mit „grünem Daumen“ erzählt den Kindern etwas zu den Bäumen im Garten. Ein Hobbygitarrist musiziert mit den Kleinen. Jemand macht Hausaufgaben mit den Hortkindern.

So viele Talente und so viel Wissen können professionelle Erzieherinnen und Erzieher

gar nicht haben. Deshalb gibt es einen Pool von ehrenamtlichen Kindergartenhelfern, die Einrichtungen nach Bedarf rufen können. Eine gleichsam „mobile ehrenamtliche Eingreifgruppe“ für Kindergärten.

Man stelle sich einen Sportverein vor, der in seiner Nachwuchsarbeit die Eltern aus den verschiedensten Herkunftsländern bewusst in das Vereinsleben einbindet. Die zum Sommerfest mitgebrachten Speisen werden als Gelegenheit genutzt, den interkulturellen Reichtum zu erleben, Rezepte und Zutaten zu tauschen und darüber ins Gespräch zu kommen. Zu Weihnachten werden Märchen aus fremden Kulturen erzählt. Oder der Verein regt an, dass die Kinder in den Familien ihrer Mitspieler mit fremden Migrationshintergrund übernachten können. So lernen sie spielend, wie eine indische, türkische oder ghanaische Familie im Alltag hierzulande lebt.

Man stelle sich einen Sozialdienst vor, in dem es nicht nur eine hauptamtlich organisierte Familienberatung, sondern auch einen Stamm von ehrenamtlichen Familienpaten gibt, die überforderten Müttern und Vätern da helfen, wo alltäglich der Schuh drückt: die einer Alleinerziehenden ein bisschen Zeit für sich schenken; die das Kochen und Einkaufen zu einem gemeinsamen Erlebnis machen oder einfach als erfahrene Menschen zuhören können und lebenskluge Ratschläge geben; Familienpaten, die vielleicht dann beistehen, wenn die Haushaltsführung durcheinander geraten ist, oder die als vertraute Begleiter bei Amtsgängen dabei sind.

Man denke sich ein Stadtteil- oder Dorfzentrum, in dem Väter und Mütter nachmittags zum Beispiel mit einem Laientheater proben, während sie ihre Kleinkinder in der von Ehrenamtlichen geleiteten Spielgruppe gut aufgehoben wissen; in dem ein Team ehemaliger Führungskräfte aus der Wirtschaft Hauptschüler bei ihrem Berufseinstieg berät und unterstützt; in dem verschiedene Selbsthilfegruppen tagen können, aber auch ein ehrenamtlicher Helferkreis Angehörige von Demenzkranken zeitweise von ihren Betreuungsaufgaben entlastet.

Man stelle sich eine Schule vor, deren Schüler regelmäßig am Nachmittag in das nahegelegene Altenheim gehen, sich dort mit seinen Bewohnern unterhalten, gemeinsam spazieren gehen oder zu spielen; in dem sie auch ihren Mittagstisch einnehmen können, was der Schule hohe Investitionskosten erspart, seitdem sie in eine Ganztagschule umgewandelt wurde.

Man stelle sich vor: Ein Heilerziehungspflugeschüler mit sehr viel Liebe zur Musik möchte mit Jugendlichen mit Behinderung in einer Band spielen. Um diesen Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen, setzt er freiwillig viel Zeit ein. Mit Kreativität und Talent geht er beharrlich an die Sache heran.

Er findet begeisterte Jugendliche, die mit ihm Musik machen wollen, sucht Übungsraum, Musikinstrumente und dafür nötige Geldquellen usw. Und dann müssen alle Bandmitglieder viel üben, das macht viel Spaß aber auch viel Arbeit. Und irgendwann kommen dann die Engagementanfragen und damit viel Organisationsarbeit auf ihn zu und dann erleben sie gemeinsam viel Erfolg und Anerkennung. Sie kennen dieses Beispiel wahrscheinlich: Es handelt sich um die Entstehungsgeschichte der tollen Band „das grüne Klapprad“, die gerade Gottesdienst mitgestaltet hat.

Ich hoffe, es ist aus den bisherigen Ausführungen deutlich geworden, dass die Absicht, Gutes zu tun, die Verbindung von Mensch zu Mensch, die den Kern des Bürgerschaftlichen Engagements ausmacht, Rahmenbedingungen benötigt, um sie zur Geltung zu bringen. Dazu gehört ein ermöglichender Staat, und eine professionelle, fachliche Unterstützung. Ich habe auch schon von dem Leitgedanken gesprochen, mit dessen Hilfe wir sozusagen die Winkel dieses Dreieck von Engagement, professionellen Strukturen und sozialstaatlicher Steuerung festlegen können, nämlich den ursprünglich aus der katholischen Soziallehre stammenden Grundsatz der Subsidiarität. Oswald von Nell-Breuning hat ein schönes Bild gebraucht: Ein Kind, das beim Turnen über einen Bock springt, wird sich selbst mehr zutrauen, wenn man ihm Hilfestellung gibt. Die Hilfe ist dazu da, das Zutrauen zu sich selbst zu steigern, um damit eine bessere Leistung zu erzielen, nicht aber, um den Menschen gleichsam Huckepack zu nehmen und ihn ohne eigene Kraftanstrengung über das Hindernis zu tragen. Dennoch ist in der Praxis die Scheidewand zwischen Fürsorge und Bevormundung, Hilfe zur Selbsthilfe und Entmündigung sehr dünn.

In der Behindertenhilfe, das wissen Sie sicher besser als ich, wird diese Debatte natürlich sehr intensiv geführt. Der Kerngedanke, der sich durchgesetzt hat und dem die Praxis in weiten Teilen folgt, ist, den hilfebedürftigen Menschen in seinen Potentialen und Bedürfnissen ernst zu nehmen und anzuerkennen. Bekanntlich ist der zweite wichtige Grundsatz der Katholischen Soziallehre die Personalität, der den Vorrang des Individuums mit seiner ganzen Vielfalt an Bedürfnissen vor der Institution

und ihren Anforderungen unterstreicht. Gerade die Debatte um das sogenannte Persönliche Budget, wie schwierig dessen Umsetzung auch sein mag, beschreitet meines Erachtens einen Weg, der aus Sicht des Bürgerschaftlichen Engagements nur zu begrüßen ist, stärkt er doch die Ideen der Teilhabe und der Selbstsorge. Nun hat es der Hilfesuchende in der Hand, sich die Hilfen auszusuchen, die er für notwendig hält. In vielen Fällen wird er das ideale Mischungsverhältnis an Unterstützungsleistungen nur mit professioneller Beratung finden, aber auch hier muss gelten, was Nell-Breuning über die Subsidiarität ausgeführt hat: Beratung soll nicht zu einer neuen Bevormundung führen, sondern die Chancen erhöhen, das eigene Leben selbst zu bestimmen unter Nutzung aller Fähigkeiten, die zur Verfügung stehen. Gerade dieses gestärkte Prinzip der Selbstverantwortung und Teilhabe ist ein wichtiger Baustein der Bürgergesellschaft.

Es gibt bekanntlich, neben Personalität und Subsidiarität, noch ein drittes Prinzip der Sozialpolitik: die Solidarität. Solidarität kann weder der Staat verordnen noch das hilfebedürftige Individuum als Recht einfordern. Natürlich, das sei zugestanden, kann der Staat ein sogenanntes solidarisches Versicherungsprinzip einführen, und man kann das Recht auf Hilfe auch einklagen. Aber hier geht es letztlich um die anonyme Umverteilung von Mitteln und die Inanspruchnahme bezahlter Dienstleistungen. Der Kern der Solidarität freilich muss aus persönlichen Motiven gespeist werden und sich in einer authentischen Haltung und Handlungen zum Ausdruck kommen. Marie von Ebner-Eschenbach hat in einem Aphorismus zwei dieser Motive benannt: „Wenn der Teller deines Nachbarn leer ist, und deiner voll, so gebe ihm die Hälfte - Wenn nicht aus Mitleid, so doch aus Klugheit.“

Für Katholiken ist die Caritas das zentrale Motiv. Papst Benedikt formulierte in seiner ersten Enzyklika „Deus Caritas est“: „Caritas wird immer nötig sein, auch in der gerechtesten Gesellschaft. Es gibt keine gerechte Staatsordnung, die den Dienst der Liebe überflüssig machen könnte. Wer die Liebe abschaffen will, ist dabei, den Menschen als Menschen abzuschaffen. Immer wird es Leid geben, das Tröstung und Hilfe braucht. Immer wird es Einsamkeit geben. Immer wird es auch die Situationen materieller Not geben, in denen Hilfe im Sinn gelebter Nächstenliebe nötig ist. Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das Wesentliche nicht geben kann, das der leidende Mensch — jeder Mensch — braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung. Nicht den alles regelnden und beherrschenden Staat brauchen wir, sondern den Staat, der entsprechend dem

Subsidiaritätsprinzip großzügig die Initiativen anerkennt und unterstützt, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen Menschen verbinden.“⁶

Gerade mit den letzten zitierten Worten verweist Papst Benedikt darauf, dass Caritas besonders gut in einer Kultur gedeiht, die Hilfsbereitschaft fördert, indem sie einerseits Menschen, die Hilfe geben wollen, darin unterstützt, dass diese Hilfe auch zielgerichtet ankommt. Deswegen muss der Staat solche Initiativen fördern, gleichsam „Hilfe für die Helfer“ leisten. Hier hat der Staat, sei es der Bund oder das Land Bayern, in den letzten Jahren schon viel getan, zum Beispiel durch die Verbesserung des Versicherungsschutzes für Ehrenamtliche oder durch die Einführung von Steuererleichterungen. Natürlich kann und muss man noch mehr tun, aber ein ernsthafter Anfang ist gemacht.

Andererseits aber, so möchte ich hinzufügen, brauchen wir auch eine Kultur der Solidarität, die es den Hilfsbedürftigen erlaubt, Hilfe ohne falsche Scham und in Würde anzunehmen.

Und gerade hier haben sich meines Erachtens sehr bedenkliche Tendenzen in unserer Gesellschaft ausgebreitet. Wenn man beispielsweise mit der Bild-Zeitung das eigentlich subsidiär gemeinte Prinzip des „Förderns und Forderns“ so auslegt, dass man jeden Sommer irgendeinen Sozialhilfebezieher an den Pranger stellt, weil er sich angeblich auf Mallorca oder in Florida ein schönes Leben macht, oder wenn sogar Wissenschaftler lauthals tönen, Hartz-IV-Empfänger könnten auch mit 132 Euro im Monat durchkommen, dann ist das keine Kultur der Solidarität, sondern eine kleinkarierte Kultur des Ressentiments und Verdachts.

Deswegen, gerade auch um diese bedenklichen Tendenzen in der öffentlichen Meinung zu bekämpfen, ist die derzeit in der Behindertenhilfe beginnende Debatte um „Inklusion statt Integration“ so wichtig. Es geht um nichts weniger als das Wunschbild einer Kultur, die alle Gruppen als Teil einer lebendigen gesellschaftlichen Vielfalt begreift. Eine Kultur, die nicht einzelne Gruppen ausschließt, um sie dann wieder mühevoll zu reintegrieren, sondern deren Bedingungen bewusst so gestaltet sind, dass niemand

⁶Enzyklika Deus Caritas est von Papst Benedikt XVI.
http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/encyclicals/documents/hf_ben-xvi_enc_20051225_deus-caritas-est_ge.html

ausgeschlossen wird, es also einfach selbstverständlich ist, dass Alte und Junge, Ausländer und Deutsche, Behinderte und Nicht-Behinderte zusammenleben. Um dieses Wunschbild wenigstens ein Stück mehr Realität werden zu lassen, brauchen wir eine aktive „Kulturpolitik“ (Richard Rorty), die unsere fundamentalen Selbstverständlichkeiten verändern muss. Die Frage darf nicht mehr lauten: Wer gehört dazu und wer nicht, wer ist Teil der Gesellschaft und wer bleibt außen vor? Es ist unsinnig, eine derartige Frage überhaupt zu stellen, genauso unsinnig, wie fünfhundert Jahre nach Galilei die Behauptung aufzustellen, dass sich die Sonne um die Erde drehe. In unserer Gesellschaft darf es kein Innen und kein Außen geben.

In diesem Sinne, so glaube ich, meinen die Idee der Bürgergesellschaft und das Ziel der Inklusion eigentlich dasselbe. Und so verstehe ich auch unser Motto des Landesnetzwerks: „Wir für uns“.

Ich komme zum Schluss:

Ich hoffe, dass aus meinen Beispielen und manchmal wohl schon sehr ins Philosophische hinüber gleitenden Gedanken klar geworden ist, wie Dynamik und Verwurzelung, die ich am Anfang meines Vortrages als die Aggregatzustände des Bürgerschaftlichen Engagements beschrieb, zu einer neuen wirksamen Verbindung kommen können, die Synergien freisetzt – Bürger bewegen Deutschland. Die großen Veränderungen, die das Bürgerschaftliche Engagement in naher Zukunft auslösen kann, erwarte ich nicht von einer politischen Einpunkt-Bewegung, wie es die Friedens-, die Frauen- oder die Antiatomkraftbewegung waren. Ich erhoffe mir eine neue Kulturpolitik (im Sinne Richard Rortys), die die selbstverständlichen Bedeutungen dessen, was uns wichtig ist, verändert. Vielleicht reift diese Kulturpolitik auch zu einer Kulturrevolution, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wirken kann: Die eine Vitalisierung der Gesellschaft herbeiführt hin zu einer Bürgergesellschaft, in der Partizipation und Verantwortung einen höheren Stellenwert erhalten. Eine Kulturrevolution, die im Staat die Entwicklung einer Philosophie und Praxis der Ermöglichung von Bürgeraktivität und -partizipation befördert. Dies passiert mit vielen unscheinbaren Veränderungen. „Viele kleine Menschen, an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, werden das Gesicht dieser Welt verändern“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Lassen Sie uns an dieser Veränderung mitarbeiten!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.